

Rheinische Post 22.01.2014

Stadt unterstützt Anlieger bei Klagen gegen NETG-Gasleitung

VON ULRICH SCHÜTZ

LEVERKUSEN Die Planungen für eine überregionale, unterirdische NETG-Gasleitung quer durch Leverkusen beunruhigt offenbar sehr viele Bürger. Anlieger der möglichen Gasleitung können auf umfassende rechtliche Hilfe durch die Stadt Leverkusen setzen: „Die Bemühungen der Anwohner gegen die Gasleitung wollen wir um jeden Preis unterstützen“, versicherte Oberbürgermeister Reinhard Buchhorn gestern im Hauptausschuss. Die Politiker votierten einstimmig dafür:

- Die städtische Verwaltung soll gegen den Leitungsverlauf juristisch vorgehen, damit die Trasse relativ dicht an der Waldschule und Waldsiedlung vorbei verhindert wird. Die Pipeline soll dagegen mittig in einem Waldstück zwischen Nittum und Waldsiedlung verlaufen.

- Die Stadt setzt ein privates, renommiertes Rechtsanwaltsbüro für das Klageverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster ein.

- Anwohnern soll geholfen werden. Klagen sind nach Angabe der Bezirksregierung Köln noch bis Montag, 10. Februar, möglich (für alle, denen der Planfeststellungsbeschluss nicht vorab zugestellt wurde), mindestens drei liegen vor.

- Die Stadt soll prüfen, ob es weitere Konfliktpunkte etwa in Opladen oder Lützenkirchen im Verlauf der Gasleitung geben könnte.

- Die Stadt soll bei den Gasleitungsbetreibern darauf drängen, dass die Pipeline möglichst tief in der Erde vergraben wird, um die unmittelbare Gefahr bei einem Unglück zu mindern.

Vor dem Beschluss hatte Diplomingenieur und Waldsiedlungs-Anwohner Detlev Kraneis das Leitungsprojekt aus seiner Sicht dargestellt. Kraneis zweifelt grundsätzlich die dauerhafte Sicherheit der Gas-



Fordert einen anderen Verlauf der Gasleitung: Bernhard Marewski. RP-FOTO: ULM

leitung an. Die Rohre sollen 90 Zentimeter Durchmesser haben und für einen maximalen Druck von 70 bar zugelassen werden. Es habe auch in Deutschland Pipelineschäden gegeben, sie seien aber runtergespielt worden, sagte Kraneis unter Hinweis auf einen Forschungsbericht des Bundesamtes für Materialforschung und -prüfung von 2009.

Der engagierte Gegner des jetzt genehmigten Leitungsverlaufes wies nach, dass es speziell nahe Hummelsheim/Waldsiedlung Alternativstrecken gebe, die über Waldwege führen könnten. Nach Kraneis Ansicht wurden zur Genehmigung nicht alle nötigen Fakten aufgelistet und beurteilt.

CDU-Ratsherr Bernhard Marewski kritisierte: Es sei jetzt nicht die umweltverträglichste, sondern die „technisch vernünftigste und wirtschaftlichste Trasse“ genehmigt worden. Der Schutz des Menschen werde dabei äußerst unzureichend beachtet. Über die Risiken für Anwohner fände sich knapp eine Seite in den Unterlagen, die Tierwelt sei dagegen auf 120 Seiten (von insgesamt 260 Seiten) begutachtet worden. Der Politiker warnte: Selbst wenn die Leitung von der NETG nicht gebaut werde, könne sie die Trasse an ein anderes Unternehmen verkaufen.